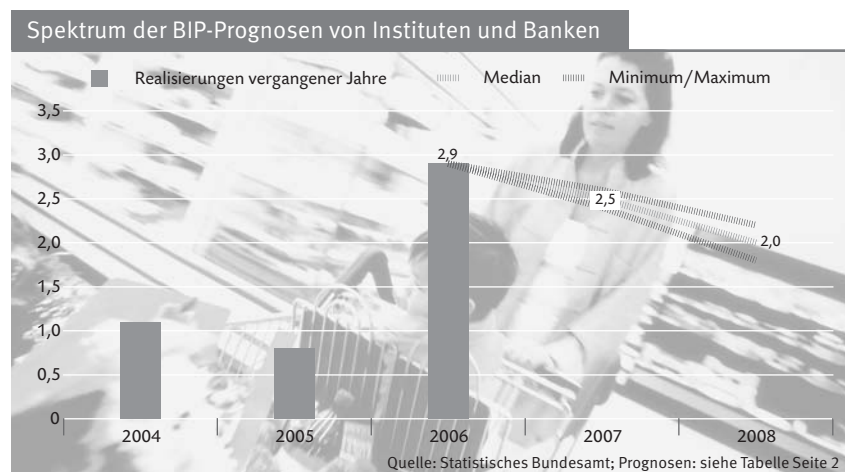


Konjunkturaussichten Deutschland: Die Risiken haben zugenommen

Die Entwicklung der deutschen Konjunktur verlief in den zurückliegenden zwei Jahren sehr erfreulich. Trotz einiger belastender Faktoren wie die Mehrwertsteuererhöhung zu Beginn des Jahres sowie der rasante Anstieg wichtiger Rohstoffpreise legte das Bruttoinlandsprodukt ein starkes Expansionstempo vor und die Beschäftigung nahm weiter zu. Jedoch haben sich in jüngster Zeit vor allem die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zunehmend eingetrübt. Insgesamt dürfte die deutsche Wirtschaft im nächsten Jahr ihren immer noch aufwärtsgerichteten Expansionspfad mit etwas weniger Schwung fortsetzen.



Bei unserer letzten Zusammenstellung von Konjunkturprognosen im September 2007 ergab sich für den Median der Prognosen für die BIP-Veränderungsrate im Jahr 2008 noch ein Wert von 2,5 v.H. Drei Monate später haben sich die Aussichten deutlich eingetrübt. Die Medianerwartungen für die BIP-Expansion im Jahr 2008 betragen noch 2,0 v.H. Dieser Wert liegt zwar immer noch knapp über dem vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auf 1,7 v.H. geschätzten Potenzialwachstumsrate. Allerdings zeigen die jüngsten Prognoserevisionen, dass der

Aufschwung wohl doch größeren Risiken unterliegt, als noch im Sommer dieses Jahres angenommen wurde.

Ausweitung der Kreditkrise

Die globale Kreditkrise, in die zuerst die amerikanische Volkswirtschaft und über die Verbreitung auf den internationalen Finanzmärkten auch der Rest der Welt im Sommer dieses Jahres geriet, scheint sich immer weiter auszubreiten. Der Umfang an Zahlungsausfällen der US-Haushalte für Immobilienkredite nimmt stark zu. Gleichzeitig befinden sich die Im-

mobilienspreise in einer Abwärtsspirale, so dass spürbare reale Einkommensverluste vieler Haushalte die US-Wirtschaft belasten. Über Nachfrageausfälle für Importgüter ergibt sich eine unmittelbare Rückwirkung für die deutsche Exportwirtschaft. Hinzu kommt die weitere Dollarabwertung, die zwar einerseits hilft, das amerikanische Leistungsbilanzdefizit über eine Zunahme amerikanischer Ausfuhren abzubauen und somit zu einer Verringerung dieses seit Jahren anhaltenden Ungleichgewichts beiträgt. Auf der anderen Seite wirkt der starke Euro zusätzlich dämpfend auf die deutsche Ausfuhrentwicklung. Diese Zunahme der globalen Konjunkturrisiken dürfte für den abermaligen Rückgang der ZEW-Konjunkturerwartungen verantwortlich gewesen sein. Dieses Konjunkturbarometer ist im Dezember um 4,7 Punkte gesunken und liegt nun bei minus 37,2 Punkten nach minus 32,5 Punkten im Vormonat.

IN DIESER AUSGABE

Konjunkturaussichten Deutschland: Die Risiken haben zugenommen	1
Die voraussichtliche Lage in der EWU	3
ZEW-Finanzmarkttest: Ergebnisse der Novemberumfrage 2007	4
Dienstleister der Informationsgesellschaft: Stimmung und Erwartungen der Dienstleister trüben sich ein	5
Strukturelle Reformen und ihre Auswirkungen	6
Auswirkungen von Bildungsreformen	8
Steuerliche Anreize für Forschung und Entwicklung in Europa	10
Die US-Hypothekenkrise und die Reaktion der Zentralbanken	12

Vieles deutet darauf hin, dass sich die Impulsgeber für die deutsche Konjunktur in der nächsten Zeit verschieben werden: So wird der Außenhandel an Bedeutung verlieren, dafür dürfte die Binnennachfrage wieder mehr Tritt fassen und zunehmend zur Konjunkturstütze werden.

Arbeitslosigkeit geht weiter zurück

Die Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt war auch im laufenden Jahr von einer Zunahme der Beschäftigung und einem Rückgang der Arbeitslosigkeit bestimmt. Allein in diesem Jahr fiel die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 700.000. Die abwärtsgerichtete Tendenz dürfte auch im nächsten Jahr mit etwas geringerem Tempo anhalten. Insgesamt wird die gute Arbeitsmarktentwicklung zu einer Zunahme der realen Einkommen und damit zu einer Kräftigung der Binnennachfrage führen.

Konsumnachfrage wird kräftiger

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte waren in diesem Jahr aufgrund der Effekte der Anhebung des Umsatzsteuersatzes im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Im nächsten Jahr werden neben der verbesserten Arbeits-

marktsituation auch der Anstieg der tariflichen Löhne in vielen Branchen und Sektoren sowie das allmähliche Auslaufen der dämpfenden Mehrwertsteuereffekte wieder zu positiven Jahresveränderungsraten des Privatkonsums beitragen.

Die Umsatzsteuererhöhung hat den öffentlichen Kassen stattliche Mehreinnahmen beschert, die zu einem wesentlichen Teil dazu verwendet wurden, das öffentliche Defizit abzubauen. Der Erfolg zeigte sich darin, dass seit langer Zeit wieder ein gesamtstaatlich ausgeglichener Haushalt vorgelegt wurde. Die verbesserte Haushaltssituation hat aber auch den Spielraum für den öffentlichen Konsum erhöht, so dass die ausgefallene Konsumnachfrage der privaten Haushalte in diesem Jahr teilweise durch eine Erhöhung des Staatskonsums kompensiert wurde. Für das nächste Jahr werden weitere staatliche Sparbemühungen erwartet. Dies hat zur Folge, dass Bund, Länder und Kommunen insgesamt mit einem positiven Finanzierungssaldo im Jahr 2007 abschließen könnten.

Investitionsdynamik tendenziell rückläufig

Die Bruttoanlageinvestitionen sind im laufenden Jahr mit einer Jahresver-

änderungsrate von etwa 6,1 v.H. expandiert. Besonders bei den Ausrüstungsinvestitionen wurden Veränderungsrate im zweistelligen Bereich gemessen, da eine hohe Kapazitätsauslastung und der Wegfall der degressiven Abschreibungsmöglichkeiten im laufenden Jahr zu einer lebhaften Nachfrage nach Investitionsgütern geführt haben. Im nächsten Jahr dürften diese Kräfte allerdings nachlassen. Bei den Bauinvestitionen gab es im Bereich der privaten Bautätigkeit in diesem Jahr noch Nachwirkungen aufgrund der Vorzieheffekte der Mehrwertsteuererhöhung, und der Gewerbebau profitierte von der Kapazitätsausweitung vieler Unternehmen. Im nächsten Jahr dürfte im Zuge nachlassender Erweiterungsinvestitionen der gewerbliche Bau nachgeben. Der Boom bei den privaten Bauten gehörte bereits in diesem Jahr der Vergangenheit an. Im Median der Erwartungen für die Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen gemäß den Prognosen in der Tabelle ergibt sich ein Wert von 2,8 v.H.

Die Preisentwicklung im nächsten Jahr wird wegen der schwächeren konjunkturellen Entwicklung mäßig verlaufen. Erwartet werden Inflationsraten, die überwiegend unter einem Wert von 2 v.H. liegen.

Marcus Kappler, kappler@zew.de

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 2006, 2007 und 2008

	Statist. BA	Sachverständigenrat (SVR)		Gemeinschaftsdiagnose (GD)		Europäische Kommission		DIW		Commerzbank		Allianz/Dresdner	
	2006	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008
BIP, real	2,9	2,6	1,9	2,6	2,2	2,5	2,1	2,4	2,1	2,5	1,8	2,5	1,8
Privater Konsum	1,0	-0,1	1,7	-0,1	1,9	-0,1	2,0	-0,1	2,0	-0,2	1,7	-0,3	1,8
Konsumausgaben des Staates	0,9	2,0	1,7	1,8	2,0	1,7	1,4	1,6	1,4	1,9	1,8	2,0	1,6
Bruttoanlageinvestitionen	6,1	6,1	2,6	5,5	3,2	5,8	2,9	5,6	4,6	5,1	1,9	5,0	2,1
Exporte	12,5	8,2	6,0	7,8	6,5	7,7	6,8	7,6	7,8	8,1	7,6	7,7	5,5
Importe	11,2	6,5	6,5	6,0	6,9	6,2	7,4	6,3	9,4	6,3	8,3	5,7	5,6
Erwerbstätige (in Tsd.)	39.088	39.769	40.079	39.760	40.080	39.635	39.833	39.713	39.912	39.760	40.040	39.750	40.150
Veränderungen	0,6	1,7	0,8	1,7	0,8	1,4	0,5	1,6	0,5	1,7	0,7	1,7	1,0
Arbeitslose (in Tsd.)	4.487	3.783	3.463	3.780	3.450	-	-	3.780	3.400	3.790	3.450	3.780	3.450
Arbeitslosenquote	10,6* 10,8#	9,0	8,3	8,7	7,9	8,1 ²	7,7 ²	8,9	8,0	9,0	8,2	9,0	8,4
Preisindex der Lebenshaltung	1,7	2,1	2,0	2,1	2,0	2,2 ³	2,0 ³	1,9	1,6	2,1	1,7	2,1	1,9
Finanzierungssaldo des Staates in v.H. des BIP	-1,7	0,0	0,2	0,1	0,3	0,1	-0,1	0,3	0,5	-0,1	-0,4	0,1	0,2

Mit Ausnahme der Arbeitslosenquote und der Anzahl der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen alle Angaben als Veränderung in v.H. gegenüber dem Vorjahr. # Arbeitslosenquote gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. * Arbeitslosenquote gemessen an den inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose), ² Eurostat-Definition, ³ Harmonisierter Konsumentenpreisindex.

Quellen: SVR 7.11.2007, GD 16.10.2007, EU-Kommission 9.11.2007, DIW 16.10.2007, Commerzbank 26.11.2007, Allianz/Dresdner 29.11.2007.

Stand: 30. November 2007

Die voraussichtliche Lage in der EWU

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Eurozone knüpfte im dritten Quartal wieder an die hohe Dynamik zu Jahresbeginn an, nachdem die Zahlen des Vorquartals verhältnismäßig enttäuschend ausgefallen waren. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg im abgelaufenen Quartal laut erster Schätzung des Europäischen Statistikamtes Eurostat im Vergleich zum Vorquartal um 0,7 v.H., nach 0,3 v.H. im zweiten Quartal. Die großen Volkswirtschaften des Euroraumes wiesen vergleichbare Veränderungsraten im Bereich zwischen 0,4 und 0,7 v.H. aus.

Die von Eurostat veröffentlichten Komponenten zeigen, dass ausschließlich die Binnennachfrage für die jüngste Beschleunigung der konjunkturellen Dynamik verantwortlich ist. Insbesondere die Investitionen trugen mit einem Anstieg um 0,9 v.H. positiv zum Anstieg des realen BIP bei. Aber auch der private Konsum leistete einen ansehnlichen positiven Beitrag. Dieser spiegelt insbesondere die in den vergangenen Monaten deutlich gestiegene Beschäftigung im Euroraum wider.

Trotz dieser positiven Entwicklung im dritten Quartal 2007 sind sich die Kon-

junkturbeobachter in ihrer Einschätzung einig, dass die konjunkturelle Dynamik im Euroraum ihren Höhepunkt inzwischen überschritten hat. Für das Jahresende und das kommende Jahr sehen die Experten eine Reihe von Faktoren, die die weitere Entwicklung belasten dürften. Hier ist in erster Linie der starke Euro zu nennen, der in den vergangenen Monaten gegenüber dem US-Dollar stetig aufgewertet hat. Zudem erwarten die Konjunkturobserver für das nächste Jahr eine Abkühlung der US-amerikanischen Konjunktur, so dass eine belastende Wirkung auf den Außenhandel spürbar werden dürfte. Außerdem trüben die sich wieder auf Rekordniveau bewegenden Ölpreise und die im Zuge der Subprime-Krise verschärften Kreditvergabestandards die Stimmung der Unternehmen ein. Dies spiegelt sich auch in den Erwartungen der Unternehmen wider, wie verschiedene Frühindikatoren zeigen. Der Geschäftsklimaindex der Europäischen Kommission beispielsweise ist nach seinem Höchststand vom Mai im November zum sechsten Mal in Folge gesunken. Insgesamt gehen die Beobachter für das nächste Jahr von einer

Jahresveränderungsrate des BIP im Bereich von 2,0 v.H. aus und damit von einem Wert deutlich unter dem der Vorjahre.

Die Rekordstände des Ölpreises schlagen sich in der Preisveränderungsrate deutlicher als in den Monaten zuvor nieder. Die jährliche Veränderungsrate betrug im August noch moderate 1,7 v.H., schnellte dann aber bis zum November auf 3,0 v.H. in die Höhe, wie die Vorausschätzung von Eurostat anzeigt. Dieser starke Anstieg lässt sich damit erklären, dass im selben Zeitraum des Vorjahres die Ölpreise deutlich abnahmen. Auch wenn dieser Basiseffekt in den nächsten Monaten auslaufen wird, rechnen die Konjunkturobserver nicht mit einem baldigen Sinken unter den Referenzwert der Europäischen Zentralbank (EZB) von 2,0 v.H., da andere Güter, insbesondere Lebensmittel, eine hohe Preissteigerung erleben. Ein deutlicher Rückgang in Richtung 2,0 v.H. wird erst Mitte für 2008 erwartet, im Jahresmittel erwarten die Konjunkturbeobachter dann einen Wert knapp oberhalb des Referenzwertes.

Steffen Osterloh, osterloh@zew.de

	EWU		Italien		Spanien		Belgien		Österreich		Irland	
	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008
BIP, real	2,6	2,1	1,8	1,7	3,8	2,8	2,7	1,9	3,4	2,4	4,7	2,7
Privater Verbrauch	1,6	2,3	2,2	1,8	3,2	2,8	2,3	1,7	1,9	2,1	7,5	4,0
Investitionen	4,8	3,0	3,1	2,8	5,8	2,9	6,9	3,2	6,3	3,7	1,6	-1,2
Exporte	5,7	4,4	3,2	3,8	4,4	4,0	5,1	4,4	9,0	6,5	5,4	5,1
Importe	5,2	5,1	2,2	3,5	5,8	4,9	5,7	4,7	8,4	6,2	5,8	5,1
Verbraucherpreise	1,9	2,1	1,8	1,7	2,7	2,9	1,6	2,0	1,9	2,0	4,9	3,4
Arbeitslosenquote	7,3	7,1	5,9	5,7	8,1	8,5	7,5	7,2	4,3	4,2	4,5	5,3
Beschäftigung	1,5	1,0	0,8	0,6	3,0	2,1	1,4	1,0	1,6	0,9	3,3	1,3

	Niederlande		Frankreich		Finnland		Portugal		Griechenland		GB (nachrichtlich)	
	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008
BIP, real	2,75	2,5	1,8	2,0	4,4	3,0	1,8	2,0	4,0	3,7	3,1	2,2
Privater Verbrauch	2,0	2,0	2,0	2,5	3,8	2,4	1,2	1,3	2,8	2,7	2,9	1,9
Investitionen	5,25	4,75	3,0	2,1	4,6	5,6	0,9	2,3	7,8	5,2	5,6	3,2
Exporte	7,5	7,75	3,3	3,9	6,8	5,6	6,7	5,6	7,9	6,9	-4,4	2,5
Importe	7,0	6,75	4,2	4,1	5,1	6,3	3,4	3,3	8,2	5,1	-2,7	3,2
Verbraucherpreise	1,75	2,0	1,6	2,0	2,4	2,8	2,4	2,4	2,7	2,8	2,3	1,9
Arbeitslosenquote	3,1	2,7	8,6	8,2	6,7	6,4	8,0	8,0	8,4	7,9	5,3	5,4
Beschäftigung	1,8	1,6	1,0	0,9	1,8	0,8	0,3	0,6	1,5	1,4	0,5	0,4

Quellen: Alle: Arbeitslosenquote und Beschäftigung: Europäische Kommission, Brüssel. EWU: Gemeinschaftsdiagnose Herbst. Österreich: Wifo, Wien. Spanien: BBVA, Bilbao. Belgien: IRES, Louvain-la-Neuve. Niederlande: CPB, Den Haag. Finnland: ETLA, Helsinki. Frankreich: COE-Rexecode, Paris. Irland: ESRI, Dublin. Italien: UniCredit, Mailand. Portugal: Europäische Kommission, Brüssel. Griechenland: National Bank of Greece, Athen. GB: NIESR, London.
Stand: 30. November 2007

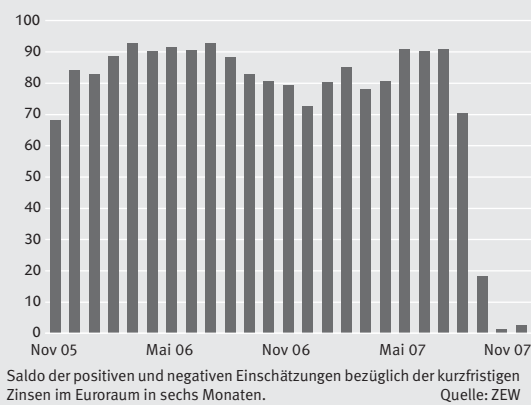
ZEW-FINANZMARKTTTEST

Ergebnisse der Novemberumfrage 2007

Im ZEW-Finanzmarkttest werden jeden Monat ca. 350 Finanzexperten aus Banken, Versicherungen und großen Industrieunternehmen nach ihren Einschätzungen und Erwartungen bezüglich wichtiger inter-

nationaler Finanzmarktdaten befragt. Die gesamten Ergebnisse der Umfrage vom 29.10.07 bis 12.11.07 wurden im aktuellen ZEW Finanzmarktreport (Redaktionsschluss 16.11.07) veröffentlicht.

Erwartungen bezüglich kurzfristiger Zinsen

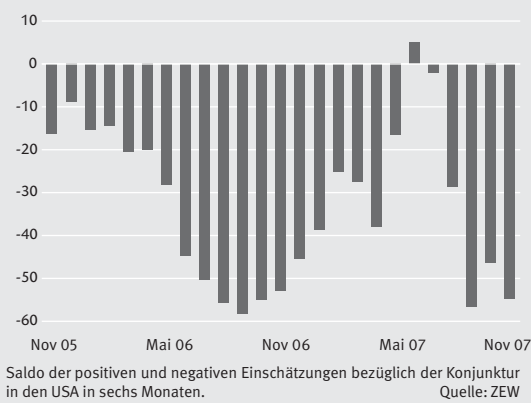


EZB: Inflations- und Konjunkturrisiken

Die Europäische Zentralbank sieht sich momentan einer Situation gegenüber, in der Entscheidungen nicht leicht fallen, denn es bestehen sowohl Inflations- als auch Konjunkturrisiken. Die aus Preissteigerungen für Lebensmittel und Öl resultierenden Inflationsrisiken würden für weitere Zinserhöhungen sprechen. Allerdings sind diese Preiskomponenten stark schwankungsanfällig, so dass dauerhafte inflationäre Effekte schwer abzuschätzen sind. Auf der realwirtschaftlichen Seite deuten die Indikatoren auf eine Konjunkturabschwächung hin. Der EZB-Vertrag definiert die Preisstabilität als vorrangiges Ziel. Dennoch lässt die EZB realwirtschaftliche Entwicklungen nicht völlig unberücksichtigt. Sie hat daher bei ihrer jüngsten Zinsentscheidung abgewartet und sich die Tür für weitere Zinserhöhungen offen gehalten.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

Erwartungen bezüglich der Konjunktur

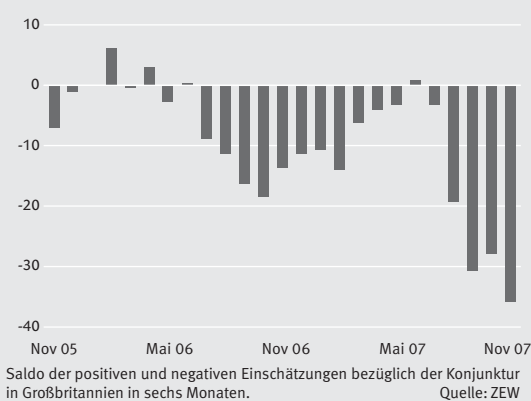


USA: Konjunktursorgen nehmen wieder zu

Die Konjunkturerwartungen für die USA sind in diesem Monat wieder deutlich gesunken. Sie werden von schwachen Zahlen im Wohnungsbau belastet. So ging im September die Anzahl der neu begonnen Bauvorhaben ebenso deutlich zurück wie die der erteilten Baugenehmigungen. Den Zusammenhang zwischen der Krise am Wohnungsmarkt und dem Wirtschaftswachstum bestätigt die Fed in ihrem aktuellen „Beige Book“. Ein weiterer Belastungsfaktor ist die Entwicklung der Rohstoff- und Energiepreise. Diese sind in den vergangenen Wochen erheblich gestiegen, was in den Wintermonaten die Kaufkraft deutlich senken sollte. Die Konsumunlust macht sich bereits in den aktuellen Zahlen zum Verbrauchervertrauen bemerkbar. Dieses hat sich im Oktober stärker als erwartet abgekühlt und die Konjunktursorgen weiter genährt.

Matthias Köhler, koehler@zew.de

Erwartungen bezüglich der Konjunktur



Großbritannien: Konjunkturoptimismus nimmt ab

Die Konjunkturerwartungen für Großbritannien sind im November deutlich gesunken. Darin kommt die gestiegene Unsicherheit der befragten Experten bezüglich der Entwicklung der Konjunktur in den kommenden Monaten zum Ausdruck. Auslöser ist die Krise am Immobilienmarkt. Darüber hinaus scheint sich jetzt die Stimmung im Dienstleistungssektor einzutrüben. Die konjunkturelle Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe hat ebenfalls nicht zu einer Aufhellung der Stimmung beigetragen, denn dort schwächte sich der Aufschwung zuletzt ebenfalls wieder ab. Beide Entwicklungen haben zu einem langsameren Beschäftigungsaufbau geführt. Die Bank of England reagierte auf das sich abzeichnende Nachlassen der Konjunktur mit einer Zinssenkung, obwohl weiterhin Inflationsgefahr besteht.

Matthias Köhler, koehler@zew.de

DIENSTLEISTER DER INFORMATIONSGESELLSCHAFT

Stimmung und Erwartungen der Dienstleister trüben sich ein

Im dritten Quartal 2007 sinkt der ZEW-IDI, Stimmungsindikator für den Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft, im Vergleich zum zweiten Quartal 2007 um 4,5 Punkte und liegt nun bei einem Wert von 61,4 Punkten. Dabei beurteilen die Unternehmen des Wirtschaftszweigs sowohl die aktuelle Geschäftslage als auch die Geschäftserwartungen für das vierte Quartal 2007 schlechter. So ist der Teilindikator, der die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage widerspiegelt, im dritten Quartal 2007 im Vergleich zum zweiten Quartal 2007 um 3,1 Punkte gesunken und liegt jetzt bei 60,7 Punkten. Der Teilindikator, der die Bewertung der Geschäftserwartungen widerspiegelt, ist im dritten Quartal 2007 um 6 Punkte auf 62,1 Punkte zurückgegangen.

Dies ist Ergebnis einer Konjunkturumfrage bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft, die das ZEW in Zusammenarbeit mit dem Verband der Vereine Creditreform, Neuss, im September 2007 durchgeführt hat.

Während im zweiten Quartal 2007 noch etwa zwei Drittel der Unternehmen des Wirtschaftszweigs gestiegene Umsätze angaben, berichtet im dritten Quartal nur knapp die Hälfte der Unternehmen von einer gestiegenen Nachfrage. Mehr als zwei Fünftel der Unternehmen berichten von einer unveränderten Nachfrage. Die Mehrheit der Telekommunikationsdienstleister sowie der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer beurteilt die Nachfragesituation im dritten Quartal 2007 besonders optimistisch. Dagegen berichtet mehr als die

Hälfte der Unternehmen der Branche Software und IT-Dienste von einer unveränderten Nachfrage.

Etwa ein Drittel der Dienstleister der Informationsgesellschaft gibt keine Veränderung der derzeitigen Umsatzlage an. Der Anteil der Unternehmen, deren Umsätze gesunken sind, überwiegt den Anteil der Unternehmen, die von steigenden Umsätzen berichten, um 0,4 Punkte.

Mehr als zwei Fünftel der Unternehmen erwarten eine positive Nachfrageentwicklung, während im zweiten Quartal 2007 noch mehr als die Hälfte mit einer steigenden Nachfrage rechnete. Die Hälfte der Unternehmen des Wirtschaftszweigs erwartet keine Nachfrageveränderung. Während die Mehrheit der Telekommunikationsdienstleister die erwartete Nachfrageentwicklung für

das vierte Quartal 2007 positiv bewertet, rechnet mehr als ein Viertel der Architekten mit einer sinkenden Nachfrage. Etwa die Hälfte der Dienstleister der Informationsgesellschaft geht für das vierte Quartal 2007 von einer unveränderten Nachfrage aus, bei den Unternehmen der Branche Forschung und Entwicklung sogar knapp vier Fünftel.

Mehr als ein Drittel der Unternehmen des Wirtschaftszweigs erwartet für das vierte Quartal 2007 einen Umsatzanstieg, und etwa zwei Fünftel rechnen mit einer unveränderten Umsatzsituation. Der Anteil der Unternehmen, die für das vierte Quartal 2007 mit steigenden Umsätzen rechnen, überwiegt den Anteil der Unternehmen, die einen Umsatzrückgang erwarten, um 11 Punkte. So rechnen etwa zwei Drittel der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer mit steigenden Umsätzen.

Personalsituation

Im dritten Quartal 2007 überwiegt der Anteil der Unternehmen, die Personal eingestellt haben, den Anteil der Unternehmen, die Personal entlassen haben. Mehr als die Hälfte der Unternehmen der Branche Forschung und Entwicklung hat ihren Personalbestand erhöht. Bei den Architekten und den technischen Beratern und Planern hingegen hat sich die Personalsituation im Vergleich zum zweiten Quartal 2007 verschlechtert.

Die erwartete Personalbestandentwicklung bewerten die Dienstleister der Informationsgesellschaft im Vergleich zum zweiten Quartal 2007 etwas weniger optimistisch. Der Anteil der Unternehmen, die für das vierte Quartal 2007 mit einem steigenden Personalbestand rechnen, überwiegt den Anteil der Unternehmen, die einen Rückgang des Personalbestands erwarten, aber immer noch um 46,5 Punkte.

Jenny Meyer, meyer@zew.de

Entwicklung des ZEW-IDI von II 06 bis III 07



Institutionelle Reformen und ihre Auswirkungen

Während der vergangenen Jahre haben institutionelle Reformen in der makroökonomischen Debatte in der Europäischen Union eine wichtige Rolle gespielt. Zunehmend hat sich ein Konsens herausgebildet, dass in vielen EU-Ländern Wettbewerbshemmnisse, unzureichende Arbeitsmarktflexibilität, Innovationsbremsen sowie Überregulierung und Bürokratie negative Effekte auf wirtschaftliche Aktivität, Beschäftigung und Produktivität haben und sie daher abgebaut werden sollten. Dieser Beitrag diskutiert potenzielle Felder, wirtschaftspolitische Ansatzpunkte sowie mögliche Auswirkungen von institutionellen Reformen.

Institutionelle Reformen, im Folgenden kurz mit „Reformen“ bezeichnet, sind Maßnahmen, die den institutionellen Rahmen und damit das Marktverhalten und die Ergebnisse von Marktprozessen ändern. Reformen werden mit einer Zunahme von Marktkräften, der Reduzierung von Regulierungen und des öffentlichen Eigentums an produktiven Kapazitäten und deren Auswirkungen auf die Entscheidungen privater Firmen und Haushalte assoziiert. Das große Interesse an Reformen und ihren möglichen Auswirkungen wird in gewisser Weise durch die Schwierigkeit verkompliziert, Reformen genau zu definieren und zu identifizieren. Zusätzlich gibt es große Unsicherheiten über ihre Auswirkungen. Dies geht vor allem darauf zurück, dass Reformen schwer zu quantifizieren sind. Da Länder in ihren Institutionen und Ausgestaltungen von Reformen sehr verschieden sind, ist es zudem nicht leicht, sie in Bezug auf Reformen und deren Auswirkungen direkt zu vergleichen. Dennoch ist es möglich, wenn man bereit ist, gewisse Vereinfachungen zu akzeptieren. Die jüngsten Bemühungen insbesondere der OECD und der Europäischen Kommission haben zu einer systematischeren Quantifizierung und Vergleichbarkeit von Reformen geführt.

Langfristige Reformgewinne

Auf der theoretischen Ebene ist es schwer, alle Effekte von Reformen zu verstehen und zu modellieren, und es gibt einen großen Bedarf an mehr Forschung dazu. Nicht nur sind nicht alle Auswirkungen von Reformen mit Sicherheit zu determinieren, zudem gibt es das Problem von großen Implementierungverzögerungen: Es kann eine beträchtliche Zeit zwischen der Implementierung von Reformen und dem Augenblick, wo sich

die Effekte tatsächlich auswirken, vergehen. Insbesondere wäre es wichtig, die Auswirkungen von Reformen auf Produktionspotenzial, Wachstum, nicht-konjunkturelle Arbeitslosigkeit und strukturelles Budgetdefizit zu bestimmen. Man würde erwarten, dass Reformen helfen, durch ihre positiven Effekte auf die Flexibilität von Güter- und Arbeitsmärkten diese Variablen näher an ihr langfristiges Gleichgewicht zu bringen. Eine andere Frage ist, ob Reformen dauerhaft das Wachstum anregen können. Ein weiterer wichtiger Aspekt sind die Auswirkungen derartiger Reformen auf das (strukturelle) öffentliche Haushaltsdefizit: Durch die Anregung von wirtschaftlicher Aktivität und Beschäftigung können Reformen das Haushaltsdefizit senken. Aber dieser positive Effekt ist eher langfristig zu erwarten, und kurzfristig könnte das Defizit sogar zunehmen, wenn beispielsweise eine Steuerreform durchgeführt wird und die Steuersätze verringert werden. Eine weitere Frage ist, unter welchen Umständen es wahrscheinlicher ist, dass Reformen durchgeführt werden. Hier begegnen uns insbesondere Fragen über politische und institutionelle Rahmenbedingungen und die Ausgangsposition der nicht-konjunkturellen Arbeitslosigkeit, des strukturellen Defizits und der Konjunktur.

Reformfelder und Strategien

Man kann grob fünf Bereiche unterscheiden, in denen Reformen durchgeführt werden: Arbeitsmärkte, Gütermärkte, Finanzmärkte, Außenhandel und Steuersysteme. Die Messung von Reformen auf dem Arbeitsmarkt basiert auf Evaluierungen von Änderungen der Arbeitsmarktregulierung und -institutionen wie Kündigungsschutz, Lohnersatzraten, Bezugsdauer von Unterstützung, Ausgestaltung der Tarifverhand-

lungen. Reformen auf den Gütermärkten können anhand von Eintrittsbeschränkungen, Anteil des öffentlichen Eigentums, Marktstrukturen, vertikaler Integration und Preiskontrollen gemessen werden. Reformen im Finanzsektor betreffen vor allem den Bereich der Regulierung, etwa Kreditkontrollen, Zinssatzkontrollen und Kontrollen von internationalen Finanzströmen und Wettbewerb. Reformen im Steuersystem zielen darauf ab, die Verzerrungen von Steuern zu reduzieren, die aus dem Niveau der Steuersätze und komplizierten Steuergesetzen resultieren. Hohe Steuern und eine hohe Komplexität von Steuersystemen sind ein starkes Hemmnis für die wirtschaftliche Aktivität und Beschäftigung in der EU. Reformen in Bezug auf den Außenhandel sind nur von geringerer Bedeutung in der EU, da der EU-Binnenmarkt zu einem integrierten Arbeits- und Gütermarkt geführt hat.

Es ist nicht nur wichtig zu identifizieren, ob und welche Reformen in einer Periode stattgefunden haben, sondern auch notwendig, dabei die Anfangssituation in Bezug auf Institutionen, Konkurrenz und Regulierung in die Betrachtung einzubeziehen und die kumulativen Reformbemühungen zu betrachten. Dies ermöglicht es, Reformen als einen Stock-Flow-Prozess zu betrachten, in dem sich die Ökonomie von der Anfangssituation in Richtung eines langfristigen Gleichgewichts bewegt, in dem die Reformen die Institutionen in bestimmter Weise verändern und sich die Wirtschaft allmählich ebenfalls anpasst. Beispielsweise könnte man dann auch verschiedene Reformstrategien miteinander vergleichen, nämlich graduelle Reformen mit kleinen Schritten mit umfangreichen Reformen, die eher schlagartig anfallen.

Dies könnte wichtig sein, da Reformen in ihrer Implementierung immer mit politischen Beschränkungen behaftet sind. Die Ursache dafür liegt darin, dass die Kosten von Reformen häufig kurzfristig und für eine klar definierte Gruppe in der Gesellschaft anfallen, während die Vorteile von Reformen sich oft langfristig manifestieren und sich für fast alle gesellschaftlichen Gruppen ergeben. Die politischen Systeme – insbesondere das

Wählerkalkül – führen tendenziell zu einer Status quo-Verzerrung, die die Einführung von umfangreichen Reformen wenig wahrscheinlich macht. Dies bezieht sich vor allem auf Arbeitsmarktreformen, die erwiesenermaßen umstritten und schwer durchsetzbar sind. Das aber könnte dazu führen, dass wichtige Komplementaritäten, die zwischen verschiedenen Reformen auftreten, nicht realisiert werden, da die erreichten Reformen zu bescheiden sind und politische Kompromisse anstatt wirtschaftliche Prioritäten repräsentieren. Noch schlimmer könnte es sein, wenn politische Einflüsse dazu führen, dass Reformen im Nachhinein wieder rückgängig gemacht werden oder zu alternativen Formen von Regulierung führen.

Koordination von Reformen

Da Spillover-Effekte von Reformen von einem EU-Staat auf andere Mitgliedstaaten vorliegen, gibt es ein eindeutiges Argument für die Koordinierung von Reformen in der EU. In einer Studie von Neck und Haber (2007) werden solche Spillover-Effekte von Reformen und fiskalischer Konsolidierung in Deutschland, Frankreich, Italien und der gesamten EU analysiert und koordinierte und unkoordinierte Reformen miteinander verglichen. Gezeigt wird, dass koordinierte Reformen und fiskalische Konsolidierung in der gesamten EU die besten Resultate liefern.

Obwohl die Ausgestaltung von Reformen und das externe Umfeld, in dem sie implementiert wurden, stark variierten, können einige allgemeine Schlussfolgerungen gezogen werden. Erstens können Reformen ihr eigenes Momentum schaffen, da Reformen in einem Bereich die Notwendigkeit von Reformen in anderen Gebieten deutlich hervorheben können. Zudem kann eine richtige Kombination und Sequenzierung von Reformen ihre politische Akzeptanz und Durchsetzbarkeit erhöhen. Zweitens spielen internationale Spillovers und die Koordination von Reformpolitik eine wichtige Rolle. Reformen in Nachbarländern beeinflussen auf verschiedene Weise die heimische Wirtschaft. Zudem liefern sie Erkenntnisse über die möglichen Effekte von Reformen (Lerneffekte) und machen der Öffentlichkeit die Not-

wendigkeit, Reformen im eigenen Land durchzuführen, noch deutlicher. Internationale Koordinierung kann den Politikern ein Instrument zur Verpflichtung geben, die Reformen durchzusetzen, indem sie auf Übereinkünfte und Verpflichtungen verweisen, etwa im Rahmen der Lissabon-Agenda und des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (Haushaltskonsolidierung). Drittens ist Flexibilität in der Fiskalpolitik sehr wichtig, wenn Reformen unternommen werden. Es ist notwendig, kurzfristige zusätzliche Ausgaben oder Steuerausfälle auffangen zu können, die die Reformen begleiten können. Dies deutet darauf hin, dass es einfacher ist, Reformen vor einem Hintergrund von ausgeglichenen öffentlichen Finanzen zu unternehmen. Viertens ist es einfacher, Reformen in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs nach einer Rezession umzusetzen, obwohl die Notwendigkeit von Reformen in einer Rezession deutlicher zu spüren ist. In einer Rezession ist es schwerer, Reformen politisch durchzusetzen.

Deutschlands Reformerfolge

Deutschland nimmt in den Debatten über Reformen in der EU eine wichtige Stellung ein. Dies resultiert nicht nur aus seiner Bedeutung auf Grund der Größe seiner Wirtschaft – beispielsweise im Verhältnis zum EU- oder EWU-Bruttoinlandsprodukt –, sondern auch weil es einen sehr schwierigen Weg gegangen ist, um die Reformen in Gang zu setzen und politische Akzeptanz für sie zu gewinnen. Die Hartz-Reform, die am 1. Januar 2003 eingeführt wurde, sowie die im März 2003 vorgestellte Agenda 2010 sind die Meilensteine der deutschen Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre. Wirtschaftliche Stagnation, ein unausgeglichener öffentlicher Haushalt und politische Blockaden führten bis vor kurzem zu einem langwierigen und komplizierten Reformprozess. Die Arbeitslosigkeit hatte in Deutschland während der 1990er Jahre langsam aber stetig zugenommen und lag im Jahr 2003 deutlich über dem EU-Durchschnitt. Zudem wurde es immer deutlicher, dass der Großteil der Arbeitslosigkeit von nicht von zyklischem Charakter ist. Seit 2005 ist aber ein Umbruch merkbar. Die wirtschaftliche Aktivität, Beschäftigung und Lage der öf-

fentlichen Finanzen haben sich spürbar verbessert. Allerdings ist es jetzt noch zu früh, eindeutig zu schlussfolgern, in welchem Maße diese Verbesserung der wirtschaftlichen Performance nicht-konjunktureller Art ist und somit den Erfolg der Reformen verkörpert, oder eher guten zyklischen Gegebenheiten zu verdanken ist. Sicher ist, dass die Reformen auf jeden Fall eine Rolle spielen.

Wahrscheinlich werden positive Auswirkungen der Reformen durch die positive zyklische Lage im In- und Ausland verstärkt. In einer kürzlich erschienenen Studie hat die Europäische Kommission (2007) die Anpassungen in der deutschen Wirtschaft seit der Wiedervereinigung im Detail untersucht. In den vergangenen Jahren hat die deutsche Wirtschaft dank einer moderaten Lohnpolitik wieder an Konkurrenzfähigkeit gewonnen. Zusammen mit den Steuerreformen und Reformen an den Arbeits- und Gütermärkten trägt sie zu dem Aufschwung, der seit 2005 zu beobachten ist, bei. Die Studie deutet auf die Wichtigkeit hin, weitere Reformen in dem (noch zu komplizierten und verzerrenden) Steuersystem, dem (noch zu unflexiblen) Arbeitsmarkt und im Finanzsystem durchzuführen und die Kapazität zur Innovation und Bildung von Humankapital weiter zu stärken. Insbesondere in drei Bereichen werden konkrete Aktionen empfohlen: (i) an einem fiskalischen Sparkurs festzuhalten, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sicher zu stellen, (ii) Konkurrenz in den Produkt- und Dienstleistungsmärkten zu fördern, und (iii) nicht-konjunkturelle Arbeitslosigkeit zielgerichtet zu bekämpfen und abzubauen, vor allem durch Zugang für Geringqualifizierte zu Qualifikationen sowie Reformen des Steuer-Leistungssystem in Richtung der Schaffung von Anreizen zu Arbeit statt Arbeitslosigkeit.

Bas van Aarle, PhD, vanaarle@zew.de

Literatur:

- Europäische Kommission (2007), Country Study: Raising Germany's Growth Potential, Directorate-General for Economic and Financial Affairs, Occasional Papers No. 28, Februar 2007.
- Neck, R. und G. Haber (2007), Macroeconomic and welfare effects of structural and budgetary policies: spillovers in the MSG3 model, in: B. van Aarle und K. Weyerstrass, (Hrsg.), Economic Spillovers, Structural Reforms and Policy Coordination in the Euro Area: An Overview, Physica, Heidelberg.

Auswirkungen von Bildungsreformen

Bildung gilt gemeinhin als einer der wichtigsten Wachstumsfaktoren einer Volkswirtschaft. Eine besser (aus)gebildete Bevölkerung wird mehr Innovationen und damit langfristig produktivere Arbeits- und Produktionsprozesse hervorbringen. In diesem Kontext waren die Bildungsreformen der sechziger Jahre in Westdeutschland ein wesentlicher Schritt in Richtung einer höheren Wachstumsfähigkeit des Landes. Das Bildungsniveau der Westdeutschen sollte grundsätzlich angehoben werden. Individuell betrachtet ist jedoch von besonderer Bedeutung, inwiefern sich die Investition in Bildung für den Einzelnen lohnt oder gelohnt hat und wie sich die Rendite dieser Investition im Zeitablauf verändert hat.

Grundsätzlich ist die Investition in Bildung eine individuelle Entscheidung. Jedoch können externe Entwicklungen wie die Bildungsreformen im Westdeutschland der sechziger Jahre einen Einfluss auf diese Entscheidung haben. Veränderte Bildungsanstrengungen können dann langfristig die Höhe der Bildungsrendite beeinflussen. Als Bildungsrendite wird der Einkommenszuwachs, der durch ein zusätzliches Jahr an Bildung realisiert werden kann, bezeichnet.

Bildungsreformen in den sechziger Jahren

Zu den Reformen, die Anfang der sechziger Jahre in Deutschland angestoßen wurden, zählen die Verlängerung der Pflichtschulzeit von acht auf neun Jahre, der Ausbau des tertiären Bildungssystems durch Fachhochschulen und Berufsakademien und das erweiterte Angebot an Realschulen, Gymnasien und Universitäten. Die Anzahl der Realschulen verdoppelte sich von 1960 bis 1979, und die Anzahl der Gymnasien stieg um 30 Prozent. Die Ausgaben für das Schulwesen stiegen von 1955 bis 1978 um das 11-fache auf 20,6 Mrd. EUR, bei den Hochschulen sogar um das 23-fache auf 7,6 Mrd. EUR. Die Ausgaben wurden zusätzlich getrieben durch die Bevölkerungszunahme bis zum Einbruch der Geburtenzahlen ab 1965 (Pillenknick). Zunächst fiel die Geburtenzahl danach rasant, bis sich ab 1975 der negative Trend abschwächte. Die sogenannten „Baby-Boomer“ wurden um das Jahr 1970 eingeschult. Ein wichtiger Aspekt bei der Erhöhung der Bildungsnachfrage war die Einführung des BAföG im Jahr 1971, das wirtschaftliche Barrie-

ren der höheren Ausbildung abbauen und die Bildungsreserven mobilisieren sollte (Blossfeld, 1985).

Veränderung der Anteile im Zeitablauf

Welchen Einfluss die skizzierten Bildungsreformen in Westdeutschland auf die Bildungsstruktur der Bevölkerung hatten, soll eine deskriptive Analyse mit Daten des Mikrozensus von 2004 klären.

- Schulische Ausbildung: Der Anteil der Frauen mit Hauptschulabschluss ist im Jahr 2004 im Vergleich der 65- zu den 25-Jährigen drastisch von 70 v.H. auf etwa 25 v.H. gesunken. Gleichzeitig hat der Anteil der Frauen mit Realschulabschluss oder Abitur deutlich um 10 bzw. 40 Prozentpunkte zugenommen. So zeigt sich für die Frauen knapp 40 Jahre nach den Bildungsreformen bei den 25-Jährigen ein neuerliches Auseinanderdriften der schulischen Bildungsabschlüsse. Heute sind mehr als 40 v.H. der jungen Frauen mit einem Abiturzeugnis ausgestattet, wohingegen Realschul- und Hauptschulabschluss stetig an Bedeutung verlieren. Dieses Bild lässt sich auf die männliche Bevölkerung nur teilweise übertragen, da hier die verschiedenen Abschlussformen noch zu konvergieren scheinen. Die Anteile aller drei Abschlussarten liegen je bei ca. 30 v.H. Insgesamt sind seit der Baby-Boomer-Generation (Jahrgänge 1962-67) größere Anteile der Frauen schulisch besser ausgebildet als Männer im gleichen Alter.
- Berufliche Ausbildung: Bei der Analyse der beruflichen Abschlüsse zeigt sich ein sehr unterschiedliches

Bild für Frauen und Männer. Der Anteil der Personen ohne beruflichen bzw. Hochschulabschluss ist bei den Frauen deutlich von 40 v.H. (Jg. 1940) auf 20 v.H. (Jg. 1975) gesunken. Bei den Männern liegt der Anteil derjenigen ohne Abschluss in beiden Jahrgängen bei ca. 15 v.H. – hier scheint der Trend zum beruflichen Abschluss schon früher eingesetzt zu haben.

Die Reformen haben auf die Entwicklung der schulischen und beruflichen Bildungsstruktur in Westdeutschland verstärkend eingewirkt. Tendenzen zur Höherbildung, die bei der männlichen Bevölkerung schon vorher sichtbar waren, wurden forciert und bei den Frauen ausgelöst (vgl. Ammermüller und Weber, 2005). Besonders das schulische Ausbildungsniveau hat sich erheblich erhöht. Bei der beruflichen Bildung setzen sich die Effekte nicht so stark ausgeprägt fort und allgemein scheint, im Gegensatz zu den Frauen, bei den Männern fast kein Wirken der Bildungsreformen ersichtlich. Mit dem Begriff Bildungsexpansion lässt sich somit vor allem die schulische Höherbildung und die verstärkte universitäre Ausbildung in Westdeutschland verbinden.

Bildungsrenditen

Um die Auswirkungen der Bildungsreformen auf die Bildungsrendite der Individuen zu ermitteln, werden mit Individualdaten des sozio-oekonomischen Panels (SOEP) für Westdeutschland aus den Jahren 1985, 1991, 1998 und 2004 Berechnungen durchgeführt. Grundlage der Analyse sind Vollzeit-Erwerbstätige im Alter von 20 bis 60 Jahren. Anhand eines ökonometrischen Verfahrens (CMI-Ansatz) schätzen wir Bildungsrenditen für beide Geschlechter und verschiedene Geburtskohorten. Die daraus resultierenden individuellen heterogenen Bildungsrenditen werden in einem zweiten Schritt zu durchschnittlichen Renditen gemittelt. Die Renditen bewegen sich bei Frauen und Männern in allen vier Jahren zwischen 5 und 6,5 v.H., ein Wert, der etwas niedriger ist als bisherige Ergebnisse (sie-

he Flossmann und Pohlmeier, 2006). Von 1985 bis 1998 fiel die Rendite von 6,0 auf 5,6 Prozent. Dies bedeutet, dass 1998 aus einem zusätzlichen Jahr Bildung 7 v.H. weniger Einkommenszuwächse resultierten als im Jahr 1985. Bis zum Jahr 2004 stieg die Rendite jedoch über den Ausgangswert hinaus auf 6,3 v.H.

Das Absinken der Bildungsrendite bis 1998 könnte erstens durch das wachsende Angebot an Hochqualifizierten bedingt sein. Zudem stieg durch die Baby-Boomer und die Frauenerwerbstätigkeit das gesamte Arbeitsangebot in den neunziger Jahren. Diese Faktoren haben den Wettbewerbsdruck auf dem Arbeitsmarkt erhöht mit Folgen auch für den gemessenen Ertrag von Bildung. Eine Ursache für den Anstieg ab 1998 liegt vermutlich in einem allmählich sichtbaren Mangel an Hochqualifizierten, der durch eine gleichbleibende Qualifikationsstruktur der Bevölkerung seit dem Jahrgang 1970 und eine sich verringende Kohortenstärke entsteht. Findet zudem qualifikationsverzerrter technologischer Wandel statt, in dem junge gut ausgebildete Arbeitskräfte bevorzugt nachgefragt werden, so steigt die Rendite für Bildung zusätzlich.

Die Bildungsrendite ist bei den Männern in den Jahren von 1985 bis 1998 gefallen, anschließend jedoch auf einen Wert von 6,5 v.H. im Jahr 2004 gestiegen. Bei den Frauen hat der Wert im Jahr 2004 mit 5,7 v.H. noch nicht wieder das Niveau von 1985 erreicht. Wie vermutet, ist die Bildungsrendite der Frauen stärker gesunken als die der Männer. Diese Entwicklung kann der größeren Wirkung der Bildungsexpansion in der weiblichen Bevölkerung zugerechnet werden. Zudem ist im gleichen Zeitraum die Frauenerwerbsquote deutlich auf 65 v.H. gestiegen und hat damit womöglich Angebotseffekte ausgelöst.

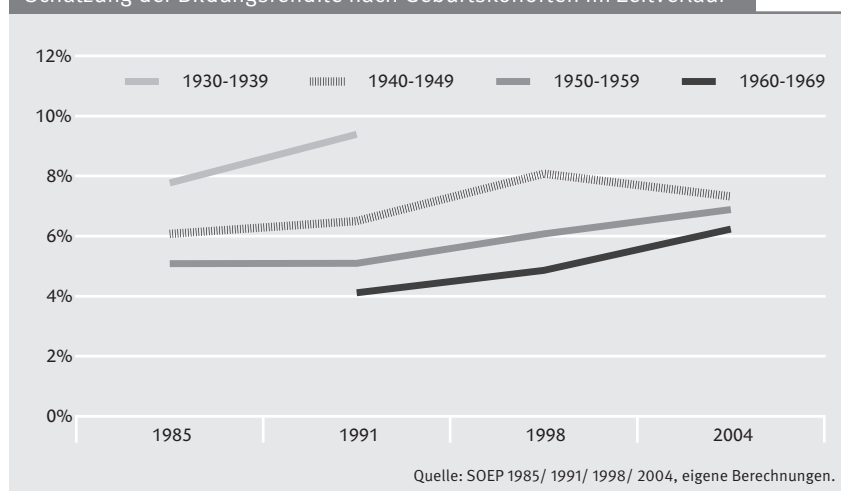
Die Geburtskohorten sind hier so gewählt, dass eine Kohorte für bestimmte Ereignisse steht. Die Jahrgänge 1930-39 sind noch völlig unbeeinflusst von den Bildungsreformen, die Jahrgänge 1940-49 sind schon von den Reformen in der beruflichen Bildung begünstigt, schulische und berufliche Reformen betreffen die Jahrgänge 1950-59 und die Jahrgänge 1960-69 umfassen die Baby-Boomer. Zwar haben alle Geburtskohorten im Zeitverlauf steigende Bildungsrenditen,

allerdings auf niedrigerem Niveau, je jünger die Kohorte ist (vgl. Abbildung). Dies könnte seine Ursache in Lebenszykluseffekten haben, wenn der Lohn mit zunehmendem Alter steigt. Ein Kohortenvergleich zum gleichen Zeitpunkt im Erwerbsleben zeigt, dass etwa die Rendite der Kohorte 1950-59 (im Jahr 2004) im Vergleich zur Rendite der 20 Jahre älteren Kohorte (im Jahr 1985) um etwa ei-

darauf folgende Bildungsexpansion in der langen Frist nicht zu einer Reduzierung der Bildungsrendite geführt haben, jedoch geschlechtsspezifische Unterschiede erkennbar sind.

Die arbeitsnachfrageseitigen Veränderungen wie qualifikationsverzerrter technologischer Wandel und Globalisierung scheinen die Veränderungen des Arbeitsangebots durch die Bil-

Schätzung der Bildungsrendite nach Geburtskohorten im Zeitverlauf



nen Prozentpunkt niedriger ist. Dies könnte bedeuten, dass die Rendite der durch die Bildungsreformen betroffenen Kohorte (1950-59) durch die Bildungsexpansion gesunken ist. Dieser Effekt findet sich für die Baby-Boomer (1960-69) im Vergleich zu den Jahrgängen 1940-49 jedoch nicht. Dies ist durch die deutlich höhere Rendite der Männer unter den Baby-Boomern bedingt.

Fazit

Die dargestellten Bildungsreformen in Westdeutschland in den sechziger Jahren machen deutlich, dass von Seiten der Politik Anstrengungen unternommen wurden, das Ausbildungsniveau in der Bevölkerung anzuheben. Die Analyse der Daten des Mikrozensus weist daraufhin, dass es schon vor 1960 Tendenzen zu einer Höherbildung in der Bevölkerung gab. Die Entwicklungen wurden jedoch durch die Bildungsreformen forciert. Deren Auswirkungen zeigen sich besonders deutlich in der Verbesserung der schulischen und beruflichen Ausbildung der Frauen. Die Ergebnisse aus den Schätzungen weisen darauf hin, dass die Bildungsreformen und die

ungsexpansion in Westdeutschland im Wesentlichen aufgefangen zu haben. Das vermehrte Angebot an hochqualifizierten Arbeitskräften hat sich also seine Nachfrage selbst geschaffen (Acemoglu, 2002). Eine weitere Erhöhung des Anteils der Hochschulberechtigten und der Studienanfängerquote (derzeit 37 v.H., OECD-Durchschnitt: 53 v.H.) wird, sollte sich die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte fortsetzen, nicht zu einem Rückgang der individuellen Renditen führen und das Wachstum der Volkswirtschaft befördern.

Kathrin Göggel, goeggel@zew.de

Literatur:

- Acemoglu, D. (2002), Technical Change, Inequality, and the Labor Market, *Journal of Economic Literature* 40 (1), 7-72.
- Ammermüller, A. und A. Weber (2005), Education and Wage Inequality in Germany: Review of the Empirical Literature, in: R. Asplund und E. Barth, *Education and Wage Inequality in Europe, A Literature Review*, ETLA Sarja B 212 Series Helsinki, 167-202.
- Blossfeld, H.-P. (1985), Bildungsexpansion und Berufschancen: empirische Analysen zur Lage der Berufsanfänger in der Bundesrepublik, Campus, Frankfurt a.M.
- Flossmann, A. L. und W. Pohlmeier (2006), Causal Returns to Education: A Survey on Empirical Evidence for Germany, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 226 (1), 6-23.

Steuerliche Anreize für Forschung und Entwicklung in Europa

Forschung und Entwicklung spielt eine wichtige Rolle bei der Steigerung von Produktivität und der Innovationsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Seit einiger Zeit wird diskutiert, wie eine indirekte Förderung mittels steuerlicher Anreize die bestehenden Fördermaßnahmen ergänzen kann. Hierzu lohnt ein Blick in die Nachbarstaaten, da in den vergangenen Jahren in vielen Ländern verschiedene Maßnahmen zur Förderung der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit über spezifische steuerliche Anreize deutlich an Boden gewonnen haben.

Aktueller Stand

Die Europäische Union soll bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden. Forschung und Entwicklung (FuE) spielt eine zentrale Rolle bei der Steigerung von Produktivität und Wirtschaftswachstum. Um die Innovationsfähigkeit der Unternehmen zu erhöhen, hat der Europäische Rat im Jahr 2002 eine Steigerung der FuE-Ausgaben auf 3 v.H. des EU-weiten Bruttoinlandsproduktes als Ziel gesetzt.

Einerseits kann die Steigerung der Ausgaben für FuE durch höhere Ausgaben von staatlicher Seite unterstützt werden. Andererseits sollen aber vor allem die Unternehmen ihre Ausgaben erhöhen. Neben anderen wirtschafts- und innovationspolitischen Maßnahmen wie der direkten Projektförderung haben viele Industrieländer steuerliche Anreize als Form der indirekten Förderung von Ausgaben für FuE implementiert. Neu eingeführt wurden in den vergangenen sieben Jahren steuerliche Förderungen im Vereinigten Königreich, den Niederlanden, Belgien, Irland, Norwegen und Polen. Eine deutliche Ausweitung und Modifikation ihrer steuerlichen Fördermodelle nahmen unter anderem Japan, Spanien, Österreich und Frankreich vor. Heute sind in der Mehrzahl der OECD-Staaten Systeme der steuerlichen FuE-Förderung etabliert. Bislang verzichten Deutschland, die Schweiz und Schweden auf eine steuerliche FuE-Förderung.

Was spricht für eine Förderung von FuE? FuE weist Eigenschaften eines öffentlichen Gutes auf, denn nicht nur das Unternehmen, welches die Forschung betreibt, profitiert von mögli-

chen späteren Erträgen aus dieser Tätigkeit. Auch die mit der Forschung betrauten Mitarbeiter und die Geschäftspartner bilden eigenes Know-How. Bei einem späteren Arbeitgeberwechsel, einer eigenen Unternehmensgründung der Mitarbeiter oder bei Lehrtätigkeiten kommt dieses Wissen zumindest Teilen der Gesellschaft zugute und trägt selbst wiederum Früchte („Spill-over-Effekte“). Ein Unternehmer, der seine Investitionen in FuE plant, wird diesen gesellschaftlichen Nutzen dagegen nicht in seine Kalkulation einbeziehen und seine Investitionen aus gesamtwirtschaftlicher Sicht tendenziell zu niedrig ansetzen.

Argumente für eine Förderung von FuE

Ein Vorzug steuerlicher Anreize wird im hohen Erreichungsgrad bei kleinen und mittleren Unternehmen gesehen, insbesondere bei denjenigen, die sich nicht an der technologischen Grenze befinden. Besonders der administrative Aufwand und die Kosten für die Unternehmen werden als gering angesehen. Zeitlich wirken steuerliche Anreize schnell und unmittelbar, da keine langwierigen Verwaltungsprozesse zu erwarten sind.

Große Unternehmen und die Gruppe der technologisch bereits leistungsstarken kleinen und mittleren Unternehmen besitzen hinreichend Erfahrungen im Umgang beispielsweise mit projektorientierter FuE-Förderung. Sie stellen zudem begehrte Kooperationspartner für wissenschaftliche Einrichtungen dar. Große Unternehmen sind durch das von ihnen beigesteuerte Projektvolumen, sowie kleine und mittlere Unternehmen aus der Hochtechnologie begehrtere

Partner als die breite Masse des FuE-treibenden Mittelstands. Die direkte Projektförderung führt aber zu einer hohen Selektivität und zu einem ordnungspolitisch negativ zu beurteilenden Lenkungseffekt für FuE. Ein Vorteil steuerlicher FuE-Anreize ist deshalb darin zu sehen, dass die Investitionsentscheidung für oder gegen FuE und die Wahl der Mittel und Wege den Unternehmen und damit den Marktakteuren überlassen bleibt.

Steuerliche Anreize für FuE

Die steuerliche FuE-Förderung setzt im Wesentlichen an der Bemessungsgrundlage, dem Tarif oder an der Ertragsteuerschuld von Unternehmen an. Eine weitere Form der FuE-Förderung, die nicht an der Unternehmensteuer direkt anknüpft, ist die Förderung über die Besteuerung des in FuE beschäftigten Personals. Dabei werden indirekt die Beschäftigungskosten für das Unternehmen gesenkt. Eine Reihe von Ländern (Niederlande, Finnland, Dänemark, Schweden, Belgien, Frankreich und Italien) unterstützen die Anwerbung von FuE-Fachpersonal durch zusätzliche Steuerergünstigungen für diese Personengruppe im Rahmen der Einkommensteuer.

Beim Ansatz an der Steuerbemessungsgrundlage ist das Ziel der Förderung, die steuerliche Bemessungsgrundlage von FuE-intensiven Unternehmen relativ über höhere und frühere Abzüge zu senken, um die Gesamtsteuerschuld, die sich aus dem Produkt Bemessungsgrundlage mal Steuersatz ergibt, zu minimieren. Dies geschieht einerseits, indem mehr als 100 v.H. der tatsächlich angefallenen laufenden Aufwendungen zum Abzug von der steuerlichen Bemessungsgrundlage zugelassen werden, oder andererseits, indem aktivierungspflichtige FuE-Investitionsgüter beschleunigt abgeschrieben werden. Die steuerliche Förderung über einen niedrigeren oder progressiven Steuertarif ist relativ selten und meist auf eine be-

sondere Unternehmensgruppe begrenzt. Bei der steuerlichen FuE-Förderung über eine Steuergutschrift („Tax Credit“) mindert ein bestimmter Betrag in Abhängigkeit der Höhe der FuE-Aufwendungen die Steuerschuld des Unternehmens direkt. Gleichzeitig bleiben die FuE-Aufwendungen weiterhin abzugsfähig von der steuerlichen Bemessungsgrundlage. Bei der sogenannten volumenbasierten Steuergutschrift wird ein bestimmter Prozentsatz der gesamten FuE-Aufwendungen von der Steuerschuld abgezogen. Die inkrementelle Steuergutschrift zielt dagegen auf den Zuwachs der FuE-Aufwendungen im Zeitablauf ab.

Der Effekt einer Förderung durch eine Steuergutschrift ist im Gegensatz zu Förderungen, die an der Bemessungsgrundlage ansetzen, unabhängig vom Steuertarif. Von der Steuergutschrift profitieren grundsätzlich nur profitable Unternehmen, da nur bei diesen eine positive Steuerschuld entsteht und verrechnet werden kann. Um beispielsweise die Steuergutschrift für Unternehmen mit Verlusten attraktiv zu machen, werden Vor- oder Rücktragsmöglichkeiten der Steuergutschrift gewährt, oder die Steuergutschrift wird ausgezahlt anstatt sie von der Steuerschuld abzuziehen („Payable Tax Credit“). Dabei existieren in der Praxis Beschränkungen der Vor- und Rücktragsmöglichkeiten und teilweise deutliche Abschläge für den Fall der Auszahlung der Steuergutschrift.

Neben der Art der steuerlichen FuE-Förderung ist die Definition der geförderten Aktivitäten für FuE entscheidend. Relevant ist hier die Frage, wo die Grenziehung zwischen FuE-Aktivitäten und eng verbundenen Aktivitäten (wie Design, Fertigung von Prototypen, Patentierung, Ausbildung) verlaufen soll, die nicht mehr zu FuE gehören. Auch der Umfang der FuE-Aufwendungen ist wichtig. Laufende Aufwendungen für Löhne und Gehälter von FuE-Personal sind vielfältig interpretierbar. Es ist dabei zu entscheiden, welches Personal (beispielsweise Wissenschaftler in Abhängigkeit von der Tätigkeit oder dem akademischen Grad, Techniker, sonstiges Personal wie Hilfskräfte, Verwaltungspersonal, Schreibkräfte) in welchem Umfang (beispielsweise Bruttogehälter, Sozialabgaben (gesetzliche, tarifliche und zusätzliche Personalkosten), Altersvor-

sorge, weitere Lohnkosten, Gemeinkosten der Verwaltung) einbezogen wird. Laufende Aufwendungen für FuE können die Beschaffung von Material und geringwertigen Ausrüstungsgegenständen in Zusammenhang mit FuE, Mieten, Pachten, Unterhaltskosten von Maschinen auf Einzel- oder Gemeinkostenbasis sein. Investitionsaufwendungen für FuE sind im Allgemeinen Aufwendungen für den Erwerb bilanzierungsfähiger Wirtschaftsgüter, beispielsweise also für Gebäude, Grundstücke und Anlagen für FuE.

Beispiele

Einige Beispiele für steuerliche Anreize in den Nachbarländern Deutschlands zeigen bereits, wie verschieden die Ansätze für eine Förderung sein können. Das Vereinigte Königreich beispielsweise bietet für kleine und mittelgroße Unternehmen einen erhöhten Abzug von 150 v.H. anstatt von 100 v.H. der laufenden Aufwendungen und eine Sofortabschreibung von Anschaffungsinvestitionen für bilanzierungspflichtige Wirtschaftsgüter für FuE. Große Unternehmen können 125 v.H. der laufenden Aufwendungen abziehen. In der Diskussion ist sogar, die Abzüge für kleine Unternehmen auf 175 v.H. und für große auf 130 v.H. zu erhöhen.

Österreich bietet einen erhöhten Abzug von 125 v.H. der laufenden Aufwendungen und 135 v.H. für den Zuwachs, Unternehmen können alternativ eine Steuergutschrift in Höhe von 8 v.H. der laufenden Aufwendungen in Anspruch nehmen. Frankreich bietet verschiedene Anreize, unter anderem speziell für besonders innovative, neu gegründete Unternehmen. Anderen Unternehmen steht eine Steuergutschrift in Höhe von 10 v.H. der laufenden Aufwendungen und 40 v.H. auf den Zuwachs der Ausgaben zu, begrenzt auf 10 Mio. EUR (2006). Die Steuergutschrift in den Niederlanden bemisst sich folgendermaßen: 42 Prozent Gutschrift auf die ersten 110.000 EUR der Lohnsumme und 14 Prozent auf den übersteigenden Teil, dazu kommt eine Sofortabschreibung für bestimmte Wirtschaftsgüter für FuE.

In Polen können bis zu 50 v.H. der Anschaffungskosten für technologisch neuwertige immaterielle Wirtschaftsgüter

abgezogen werden. Die steuerliche Abschreibung bleibt im Jahr der Anschaffung unberührt.

Empirische Erkenntnisse zur Wirksamkeit

Von einiger Bedeutung für die Beurteilung der Geeignetheit einer steuerlichen FuE-Förderung zur Erhöhung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie zur Kosteneffizienz ist die Frage, wie die Unternehmen auf eine Senkung der Kosten für FuE, beispielsweise durch die steuerliche Förderung, reagieren.

Zu dieser Frage gibt es eine Reihe von Studien, die verschiedene untersuchte Zeiträume, geographische Räume und Arten von Unternehmen und Branchen abdecken. Diese Studien vermitteln kein einheitliches Bild. Unterschiedliche Datenbasen, verschiedene Erhebungszeiträume, Erhebungs- und Untersuchungsmethoden sowie die unterschiedlichen Zielsetzungen der Studien erklären aber die Unterschiede. Versucht man diese Studien auf einen Nenner zu bringen, lautet das Ergebnis, dass es hinreichende empirische Evidenz für die Wirksamkeit der steuerlichen FuE-Förderung gibt. Im Mittel bewegen sich dabei die aufgezeigten Multiplikatoren in einer Größenordnung zwischen 0,8 und 1,2 (siehe dazu die ZEW-Übersicht in BMBF, 2007). Im Großen und Ganzen weiten die Unternehmen ihr FuE-Engagement also um diejenige Größenordnung aus, die Ihnen als Steuerersparnis bleibt und die der Staat zunächst an Kosten aus entgangenen Steuereinnahmen hat.

Fazit

Von einer steuerlichen Förderung der FuE-Aktivitäten der Unternehmen gehen also merkbare Impulse für die Ausweitung der FuE-Aktivitäten aus. Viele Evaluationen kommen daher zu dem Ergebnis, dass aus gesamtwirtschaftlicher Sicht der Nutzen einer steuerlichen FuE-Förderung größer ist als die damit verbundenen fiskalischen Kosten.

Christof Ernst, ernst@zew.de

Literatur:

- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2007), Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands, Berlin.

Die US-Hypothekenkrise und die Reaktion der Zentralbanken

Die US-Hypothekenkrise hat die weltweiten Finanzmärkte unter Druck gesetzt. Insbesondere im Geldmarkt trocknete die Liquidität aus. Dieser Artikel beleuchtet das Geschehen in der Eurozone und vergleicht die Maßnahmen der Europäischen Zentralbank mit der Reaktion der US-amerikanischen Notenbank.

Anfang August häuften sich Meldungen von Zahlungseingängen bei US-amerikanischen Bürgern, die Hypotheken mit variabler Verzinsung auf ihre Immobilien aufgenommen hatten. Diese Entwicklungen schlugen sich am Geldmarkt nieder, denn die Banken wurden zunehmend misstrauisch und horteten Geld, so dass die Liquidität am Geldmarkt austrocknete.

Der Interbankenmarkt für Tagesgeld, kurz Geldmarkt, ist der Markt, über den die Zentralbank ihre Geldpolitik implementiert. Das bedeutet, dass die verfügbare Menge an Liquidität davon abhängt, in welchem Umfang die Zentralbank Liquidität bereitstellt. Um den Geldmarkt zu unterstützen, hat die Europäische Zentralbank (EZB) angesichts der akuten Liquiditätsengpässe zusätzliche Liquidität in den Markt gepumpt. Sie hat dies damit begründet, dass es zu ihren Aufgaben gehöre, das Funktionieren des Geldmarktes zu unterstützen, da ein nicht funktionierender Geldmarkt die Transmission der Geldpolitik erschweren würde. Das Bereitstellen von Liquidität ist aber strikt zu trennen von den eigentlichen geldpolitischen Entscheidungen, in denen die Leitzinsen festgesetzt werden. In diese Entscheidungen gehen Inflationsgefahren und andere makroökonomische Projektionen ein.

Der Tagesgeldsatz „European Overnight Index Average“ (EONIA) ist ein In-

dikator für die Liquiditätsknappheit am Interbankenmarkt. Der Spread zwischen dem EONIA und der Mindestbietungsrate der Hauptrefinanzierungsgeschäfte, der von der EZB als geldpolitisches Signal festgesetzt wird, beträgt in ruhigen Zeiten im Schnitt fünf bis acht Basispunkte. Während der Subprime-Krise weitete er sich teilweise bis auf über 100 Basispunkte aus, was eine große Nachfrage nach Liquidität widerspiegelte. Die EZB reagierte auf die Geschehnisse am Geldmarkt in verschiedenen Stufen. So bestätigte sie am 9. August 2007 zunächst die Spannungen am Geldmarkt und kündigte an, die Entwicklungen genau zu beobachten. Am selben Tag führte sie eine erste Feinststeuerungsoperation durch, um Liquiditätsengpässe zu mildern. Feinststeuerungsoperationen dienen der kurzfristigen Anpassung von Liquidität und haben meist nur eine Laufzeit von einem Tag. Im Verlauf der Krise ging die EZB zunehmend von den kurzfristigen zu längerfristigen Liquiditätszufuhren über. So teilte sie in ihren wöchentlichen Hauptrefinanzierungsgeschäften insbesondere am Anfang einer Reservehaltungsperiode mehr Liquidität zu, als es unter neutralen Bedingungen der Fall gewesen wäre. Zuletzt stellte sie in den längerfristigen Refinanzierungsgeschäften über einen Zeitraum von drei Monaten zusätzliche Liquidität zur Verfügung.

Die US-Hypothekenkrise hatte ebenfalls einen indirekten Einfluss auf die Zinsentscheidungen der EZB. Denn die Krise führte zu erhöhten Unsicherheiten hinsichtlich des Ausblicks für die konjunkturelle Entwicklung in der Eurozone. Daher erhöhte die EZB die Zinsen in ihrer geldpolitischen Sitzung im September nicht, obwohl die Kommunikation der EZB die Märkte in den Sitzungen vor dem Ausbruch der Finanzkrise darauf eingestimmt hatte, dass im September eine Erhöhung der bei 4,0 v.H. liegenden Leitzinsen bevorstünde.

Die Reaktion der US-amerikanischen Notenbank Federal Reserve (Fed) auf die Krise hatte einige Gemeinsamkeiten mit der der EZB. Wie die EZB kommunizierte sie zu Beginn der Krise, dass es Liquiditätsengpässe am Interbankenmarkt für Tagesgeld gäbe. Auch sie versorgte den Markt mit zusätzlicher Liquidität. Allerdings interveniert die Fed ohnehin täglich am Geldmarkt, wohingegen die EZB normalerweise hauptsächlich zu festgelegten Tagen aktiv ist. Die Fed beschloss zudem am 17. August 2007 eine erste zinspolitische Maßnahme: Sie senkte den Diskontsatz, der mit 6,25 v.H. 100 Basispunkte über dem Leitzins lag, auf 5,75 v.H. Damit blieb zwar der Leitzins zunächst konstant, direkte kurzfristige Kredite bei der Zentralbank wurden jedoch deutlich günstiger. Da die Fed die Risiken für die künftige konjunkturelle Entwicklung höher einschätzte, senkte sie in ihren geldpolitischen Sitzungen im September und Oktober auch den Leitzinssatz von 5,25 auf 4,5 v.H.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW Wachstums- und Konjunkturanalysen, erscheint vierteljährlich.

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim · L 7, 1 · 68161 Mannheim
Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz (Präsident)

Redaktion: Marcus Kappler, Telefon 0621/1235-157, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: kappler@zew.de
Steffen Osterloh, Telefon 0621/1235-165, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: osterloh@zew.de
Sandra Schmidt, Telefon 0621/1235-218, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: s.schmidt@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2007